

Willen der Einwohner zum Ausdruck bringt, sondern der Bürgermeister als „alleinige Regierungsgewalt“ im Dorf in Erscheinung tritt.

Solche Vorgänge erschweren natürlich eine richtige Blockpolitik, die nicht nur die enge Zusammenarbeit der antifaschistischen Parteien, sondern auch die demokratische Mitarbeit der Gewerkschaften, Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, Freien Deutschen Jugend, Frauenausschüsse u. a. erfordert. Schließlich ist es doch der Sinn der Blockpolitik, alle antifaschistisch-demokratischen Kräfte für den Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands heranzuziehen. Eine beträchtliche Anzahl von Funktionären der Partei und insbesondere auch Landräte verbrauchen ihre Kraft und Zeit, um allein die vorhandenen Schwierigkeiten an Ort und Stelle zu beheben. Statt die Zusammenarbeit anzustreben, mühen sich unsere Genossen allein ab, und die dadurch oft auftretenden Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten werden von der CDU und LDP gegen die Partei ausgenützt.

Eine Blockpolitik ist auch dort unmöglich, wo die Genossen die Zusammenarbeit mit der Erklärung ablehnen, die CDU und LDP seien nichts weiter als reaktionäre Parteien, in denen sich die faschistischen Elemente festgesetzt hätten und eine reaktionäre Politik betrieben. In der Gemeinde *Christes* z. B. kam bei den Wahlen eine CDU-Mehrheit zustande. Statt nun auch in einem solchen Falle durch die praktische Arbeit zu beweisen, daß die SED die wahre Interessenvertreterin der Werktätigen ist, bereiten unsere Genossen der CDU-Gemeindeverwaltung durch Obstruktion und Ablehnung jeder Verantwortung Schwierigkeiten, obgleich die CDU-Vertreter wiederholt zum Ausdruck brachten, daß sie die Mitarbeit unserer Partei wünschen und für unerlässlich halten. Natürlich kommt es nicht selten vor, daß von reaktionären Elementen der CDU und LDP der Versuch gemacht wird, die Blockpolitik durch Intrigen oder Agitationsanträge zu sprengen. Das ist bekannt, darf uns aber nicht verleiten, ähnliche Methoden anzuwenden und dadurch aufbauwillige Kräfte abzustößen. Gerade das Anwachsen reaktionärer Bestrebungen in diesen Parteien erfordert die Stärkung der Sozialistischen Einheitspartei und die Festigung der Zusammenarbeit. Durch eine offene Kritik und öffentliche Entlarvung reaktionärer Machenschaften wird den bürgerlich-demokratischen Kräften geholfen, die reaktionären Einflüsse abzuwenden.

Es gibt heute bereits viele Beispiele einer guten und erfolgreichen Blockpolitik, die beweisen, daß unsere Genossen verstanden haben, um was es geht, über die Blockpolitik im Kreise *Schwerin* berichtet der dortige Landrat: Die Blockparteien haben im Kreisrat einen Beschluß zur Unterstützung der Frühjahrsbestellung gefaßt, in dem es u. a. heißt: „Zur Sicherung der Frühjahrsbestellung und um die engste Verbindung der in der Frühjahrsbestellung stehenden Bauernschaft mit dem Kreistag zu gewährleisten, nimmt jeder Abgeordnete des Kreistages einen bestimmten Bezirk, bestehend aus einer oder mehreren Gemeinden, unter seine persönliche Betreuung. Er wird sich als gewählter Abgeordneter seines Volkes für diesen Bezirk dem Kreistag gegenüber verantwortlich fühlen. Den Gemeindevertretern wird dringend anempfohlen, ihrerseits Beschlüsse zu fassen, daß jeder Gemeindevertreter die Kontrolle über eine bestimmte Anzahl von Bauernhöfen der Gemeinde übernimmt, für die sie der Gemeindevertretung gegenüber verantwortlich sind.“ Der Landrat berichtete auch, daß die Zusammenarbeit der Parteien mit der Gegenseitigen Bauernhilfe im Landkreis gut ist. Die Erfolge bleiben nicht aus, Mecklenburg steht an der Spitze der Erfüllung des Anbauplanes.

Es geht eben nicht nur darum, gemeinsam über die notwendigen Maßnahmen zu beschließen, sondern die Beschlüsse müssen auch gemeinsam durchgeführt und die Verantwortung gemeinsam getragen werden. Das haben manche unserer Genossen noch nicht begriffen. Hat es z. B. im Herbst und Winter des Jahres 1946 nicht hunderte Fälle gegeben, wo zwar von den Blockparteien in den Gemeinden gemeinsame Beschlüsse über die Einbringung des Ablieferungssolls gefaßt worden sind (denn an der Sicherung der Ernährung sind alle gleichermaßen interessiert), aber die Durchführung der Beschlüsse allein unseren Genossen und der VdgB aufgebürdet wurde. Unsere Genossen haben sich Tag und Nacht gemüht und geplagt und mußten oft die Unzufriedenheit der Bauern auskosten; die anderen aber standen „unschuldig“ daneben; sie hatten ja nur mitbeschlossen! So geht das nicht. Bei der Landbestellung und der bevorstehenden Ernte, aber auch bei den vielen anderen wichtigen Arbeiten in Städten und Dörfern gilt es, im Interesse des ganzen Volkes und des beschleunigten Neuaufbaues alle aufbauwilligen Kräfte im Rahmen des antifaschistischen Blockes zusammenzufassen und für die Erfüllung gemeinsamer Ziele und Aufgaben zu einigen. Je besser uns dies gelingt, um so erfolgreicher wird die Arbeit sein.

W. B.

Am 1. Mai 1947 sind im Berliner Lustgarten trotz des ungünstigen Wetters eine halbe Million Berliner und Berlinerinnen zusammengeströmt (Foto: ADN)

